

Druck- und Verlagsanstalt
Dresden, K. 12, Schulzeustraße 46

Verlagspreis 21 000
Postfachkonto: Leipzig Nr. 1477

Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder bei der Post abgeholt Ausgabe A mit Wochens. 10.20 M. Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Postabnahme Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungszeitung 1.40 M. im Blattmetz 3.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. — Für unentgeltlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Von der berufständischen Gemeinschaftsarbeit

Im organisierten Handwerk, besonders in Rheinland-Westfalen, hat sich seit Jahren die berufständische Gemeinschaftsarbeit kräftig entfaltet. Sie hat nicht nur wirtschaftlich erfolgreiche Arbeitsgemeinschaften zwecks Übernahme von gemeinschaftlichen Leistungen und Aufträgen gegründet. Man hat vielmehr bewußt den kapitalistischen, bloß auf Gewinnabsehen des einzelnen gerichteten Geist ausgeschaltet, deshalb diese Arbeitsgemeinschaften und ihre gewerkschaftlichen Wirtschaftsorganisationen organisch mit den Innungen verbunden. Diese aber sind nicht bloß von den Gewinnabsichten der einzelnen Mitglieder geleitet, wie z. B. irgendeine Müllergesellschaft zur Ausbeutung eines neuen Produktionsverfahrens, sondern sie wollen vor den Stand, die Lebensgemeinschaft der Handwerker fördern und sichern. Dazu gehört aber als gemeinschaftsbildende, standesbildende Kraft das Standesbewußtsein und der Gemeininn. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bloß auf Gewinn der Mitglieder berechnete Erwerbs- und Wirtschaftsorganisationen des Mittelstandes gar bald zu rein kapitalistischen Privatunternehmungen einiger Stärkerer ausarten. Der Stand will aus Gemeininn für alle Mitglieder sorgen, das bloße Erwerbsunternehmen sieht auf Selbstsucht der einzelnen die rücksichtslose Konkurrenz unter den einzelnen durch und endet beim Siege der Stärkeren über die Schwächeren, die von jenen oft kapitalistisch, das heißt gewinnbringend ausgenutzt werden. Das hat letztlich dann als Gegenstoß die Revolution der Schwächeren gebracht. In ihr wurde aber nicht die Selbstsucht überwunden; die rücksichtslose Eigenliebe stärkerer Arbeiter- und Angestelltengruppen wandte sich gegen die Schwächeren, wie überhaupt gegen die Verbraucher. Unternehmer und Arbeiter lassen vielfach die Verbraucher in unerschönten Preisfälligerungen bluten, bis der Käuferstreik still aber wütend sich zur Wehr setzt. Der berufständische Gemeininn in einem Stande, der das Gegenteil ist von einer Erwerbsgesellschaft, beruht auf dem natürlichen, durch Heiligkeit und auf dem göttlichen Trage nach Geborgenseinwollen in einer Lebensgemeinschaft. In dieser will man sich mit Hingebender Liebe gesehentlich erörtern. So wie im menschlichen Leben Auge, Ohr, Nase, Mund als Glied leben, die zuerst auf das Wohl des ganzen Leibes bedacht sind, dabei aber auf gleiche Dingebene sämtlicher anderen Glieder stehen können. Genau so handelt im berufständischen Stande die Solidarität, Gemeinschaftsorganisation, kurz hinabgehend, sich an andere verkehrende Liebe. Aus diesem selben Trage gründet Mann und Frau aus freier Lebenswahl und aus freier Liebe zu den Kindern die Familie, in der jede Berechnung leidet; jede Verunft und Geschäftliche, jede Kostengerechnung der Kinder ist ein Verstoß gegen die Liebe, ein Verstoß gegen die Natur und gegen Gottes Lebensordnung, wird zur Qual für alle Familienangehörigen. Die echte Familie ist dagegen das große Geheimnis des Lebens, das den Gemeininn, die Liebe der Gatten, Eltern und Kinder wie eine heilige Flamme wärmt, hütet, pflegt. In einem solchen von Gott gegebenen Trage schließen sich wie die Vögel zur Vogelschwarmgemeinschaft des Staates, so die Berufsgenossen zum Stande als einer Lebensgemeinschaft zusammen. Darum ist überall und zu jeder Zeit schon lange vor der Erkenntnis der nun und gewinnbringenden Interessengemeinschaft in den Berufsgenossen das Gemeinschaftsgefühl der Standesgenossen, der Kameraden erwacht. Ehe man darüber philosophierte, hat das Volkstum dem schon unter Berufsgenossen Ausdruck gegeben in Sitten und Gebräuchen auf der Arbeitstätte, auf der Wanderschaft, im geselligen Leben, in Trachten, Feiern, Brautgesängen, in Lied und Sage. Es wird unabweisbar als ein Freiwilliges an dieser natürlichen, rein menschlichen Schicksalsverbundenheit und familiären Zusammengehörigkeit empfunden, wenn ein Standesgenosse dem anderen die Treue, die brüderliche Liebe, die Solidarität bricht und verletzt.

Wir sind heute überorganisiert in Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten, in Arbeitgeberorganisationen und Unternehmervereinigungen, in Bauern-, Mittelstands-, Kleinhandelsinteressenverbänden. Überall lautet die Parole: Interessenschutz und Interessenkampf. Jeder will von den anderen etwas haben, gewinnen. Man kämpft, wie man sagt, gegen den Individualismus, die Ausbeutung durch andere und pflegt selbst Individualismus, Klassenegoismus. Die berufständische Gemeinschaftsarbeit der Handwerker bricht bewußt mit dem die Interessensorganisationen beherrschenden kapitalistischen, auf unbegrenztes Gewinnstreben gerichteten Geiste. Diese Handwerker haben an eigenem Berufsstande die Erfahrung gemacht, daß keine innere Befriedigung und Befähigung daraus entsteht, daß man bloß „das wohlverstandene Interesse“ der Standesgenossen organisiert. Solche Kräftigung erwarten sie nur von einem familiären Verbunde der Standesgenossen, die einander stützen und helfen wollen, die ihre Kräfte kameradschaftlich zur schaffenden Gemeinschaftsarbeit zusammenlegen, die sich als lebende Glieder einer Lebensgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit fühlen. Interessensorganisationen halten bloß mechanisch die nach außen gerichtete Stoßkraft von Interessenten zusammen; berufständische Gemeinschaften lassen in den Gliedern, die durch eine Gemeinschafts-

Seele zu einer Lebensgemeinschaft organisch verwachsen, neue schöpferische, fruchtbare Lebenskraft ausquellen, welche die Leistungsfähigkeit und damit die Geltung in der Volksgemeinschaft hebt. Beschäftigt ein Volk in Interessensorganisationen, die gegeneinander kämpfen, aber auch in den eigenen Reihen die Selbstsucht gegenwärtig werden, darum sich immer wieder spalten, so sinkt die Produktionskraft und Produktionsfreudigkeit, so zerfällt das Volk im Kampf aller gegen alle. Bauen sich die Berufsgruppen auf berufständischer Gemeinschaftsorganisation zu Ständen mit starker Standeskultur aus, so wächst die Arbeitsfreude und die Produktionslust, so schließen sich aber auch diese Stände von selbst zur organischen Lebensgemeinschaft, zum lebendigen Leibe eines Volkes zusammen, in dem jeder Stand als Glied im Ganzen und für das Wohl des Ganzen lebt. Weibes beruht auf einem organischen Lebensgeheimnis. Darum muß die Parole lauten: wüthiger Interessensorganisation und mehr organische Gemeinschaftsleben von Ständen. Stände werden aber nicht durch die Benennung des Namens eines Standes, sondern erst durch die Seele der berufständischen Gemeinschaftsorganisation.

Luzern

Die überraschende Wendung der militärischen Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz zugunsten der Polen und die dadurch hervorgerufene Wendung auch der diplomatischen Lage hat zu einer Bewegung des englischen Premiers Lloyd George mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti in Luzern geführt. Herr Millerand schloß in diesem Bunde; denn er, als der eigentliche Sieger im diplomatischen Kampf um die Pole, die im Osten verfolgt werden müßten, hatte es naturgemäß nicht notwendig, programmatische Erklärungen oder Richtlinien für die innerpolitische Situation abzugeben. Sein Kurs liegt fest; der Erfolg steht im Augenblick auf seiner Seite. Anders steht es um Lloyd George, der infolge der Ereignisse gezwungen war, sich unzureichend zu äußern. Denn hatte er damals, als die bedrohliche Lage Warschaws leicht mit einer Katastrophe des Polenreiches enden konnte, mit allen Mitteln selbst gegen den Willen der Franzosen danach getrachtet, sich mit den Russen in friedlichem Einvernehmen auszusöhnen und am Verhängnis langstündig englische Vorbeile wahrzunehmen, ja bei dieser Gelegenheit den Polen sogar einige recht bittere Wahrheiten zu sagen, so sah er sich jetzt, nachdem die Hauptgefahr für das Polenreich zunächst als beseitigt angesehen werden darf, veranlaßt und genötigt, seine Stellungnahme einer Korrektur zu unterwerfen. Und dies ist ihm wieder einmal in seiner diplomatischen Gewandtheit mit gutem Geschick gelungen. Man erlebt also jetzt wieder das Schauspiel einer offenen englischen Stellungnahme zugunsten der Polen, die vorerst dazu geführt hat, den Gedanken einer friedlichen Verständigung mit den Russen, wie sie früherzeit angebahnt war, zunächst auszuschalten. Und diejenigen die so leicht und weltfremd waren, zu glauben — wohl nur, weil es ihnen inneren Wünschen entspräche — die Verständigung zwischen England und Frankreich ob der Affäre Stange würde zu einem ernsthaften Zwischenfall führen, dürften sich nunmehr schwer enttäuscht sehen; wir haben vor einer derartig neuen Beurteilung dieses Ereignisses von vornherein gewarnt. Diese ganze Angelegenheit hat Lloyd George in ziemlich lebendiger Rede mit einem gleichgültigen Satz abgetan, indem er lächelnd sagte: England überlasse dem General den Franzosen. Auch in der Behandlung der Ostfrage hat er sich der veränderten Lage geschmeidig angepaßt, ja, er hat es sogar verstanden, eine Begründung für seine Sinnesänderung zu finden, die seiner politischen Gewandtheit entspricht.

Man liest aus den Stimmungsberichten, Lloyd George sei auf höchste Verstimmt gewesen über die plötzlich zutage tretende Absicht der Poltschewisten, ein sogenanntes Arbeiterreich in Polen aufzuzustellen. Bezeichnend sagt nunmehr der Korrespondent der „Times“ diese Äußerung folgendes hinzu: „Gestern mittag hat Lloyd George erklärt, daß durch die russischen Bedingungen die Freiheit Polens vernichtet würde. Wahrscheinlich fühlte er, daß man ihn hintergangen habe und daß alle seine Bestrebungen, die Handelsbeziehungen mit Russland wieder herzustellen und dem Osten den Frieden wiederzugeben, durch die Böswilligkeit der Poltschewisten vereitelt worden sei.“ Nun wissen wir den Grund seiner Sinnesänderung. Es ist also die Böswilligkeit der Poltschewisten, die den Umschwung Lloyd Georges verursacht habe; daß auch der Sieg der Polen das Seine dazu beigetragen hat, daran denke man ja nicht. Lloyd George legt sich also nunmehr nach veränderter Lage in stiller Entrüstung darüber, daß der Friede im Osten der Waffen wegen nicht wieder hergestellt werden könne, für die imperialistischen Bestrebungen Polens ein, für die er eben noch in hitzigen Worten des Tadels geandert hat. Er gibt sogar dem Gedanken der Munitionsendung über Danzig Raum, dessen Neutralität er in den Wind schlägt. Denn nach Lloyd Georges maßgeblicher Meinung ist die Danziger Unterbindung des freien Durchganges ein direkter Bruch des Versailles Vertrages. Lebensmittel und Munitionsvorräte für Polen müßten über Danzig befördert werden. Der Hafen geblühe zu dem den Polen im Friedensvertrag zugewiesenen freien Korridor. Der englische Gouverneur Loxow war allerdings anderer Ansicht, als er damals erklärte, für Danzigs Neutralität einzutreten zu wollen. Doch hat, was sich das Bild allzuoft zugunsten Polens verschoben hat, ist man an der Themse eifrig am Werk, den Kurs zu ändern. Für Deutschland sind alle diese Ereignisse nur um so mehr geeignet, seine von Anfang an eigenartige Haltung der striktesten Neutralität allen am russisch-polnischen Konflikt beteiligten Faktoren gegenüber zu stärken und vor allen Dingen auch zu rechtfertigen. Wir haben keinen Grund, irgendwie aus unserer Regung herauszutreten; denn wir haben keine Lust, zum Kampfplatz

zweier aufeinanderplagender Welten zu werden, die sich etwa auf demselben Boden die Entscheidungsschlacht liefern. Es wäre verwerflicher Wahnsinn, wollte man durch eine leidenschaftliche Stellungnahme nach irgend einer Richtung hin eine solche Gefahr aber uns heraufbeschwören. Erst am Dienstag brachten die marktischen Zentrumsanhänger in einer großen und stark besuchten Versammlung zum offenen, einmütigen Ausdruck, daß sie das Bestreben der deutschen Regierung zu einer entschiedenen Neutralität nicht nur voll und ganz billigen, sondern auch bereit sind, die Regierung bei der Durchführung dieses Nieses mit allen Mitteln zu unterstützen, denn die Wahrung der Neutralität ist für uns das einzige Mittel, um uns vor den Flammen eines neuen Brandes zu bewahren.

Die Oppositionsparteien im Reichstag

Die Wahlen zum ersten Reichstag der Deutschen Republik haben nicht nur zu einer von Grund aus anderen Gestaltung der einzelnen Parteien selbst geführt, sie haben auch in den Beziehungen der Parteien zu einander eine sichtbare Verschiebung zur Folge gehabt. Diese Tatsache fand ihren ersten äußeren Niederschlag in den unabsehbaren Schwierigkeiten, die sich bei der Regierungsbildung herausstellten und die erst nach den größten Mühen zu einem positiven Ergebnis führten. Aber in nicht minder deutlicher Form kam die innere und äußere Umformung in unserem durch den Ausfall der Wahlen bedingten Parteienleben zum Ausdruck in den Vollerwerbungen des Reichstages. Mit Recht durfte man also darauf gespannt sein, was für eine Haltung die Parteien in der öffentlichen Debatte gegenüber der gesetzgeberischen Tätigkeit und den politischen Ereignissen an den Tag legen würden, weil man davon am ehesten auf den Geist der Partei selbst zu schließen imstande ist. Die kurze Tagung von der Zeit des ersten Zusammentretens des Reichstages bis zum Beginn der Sommerferien bot genug Gelegenheit, um sich hierüber ein abschließendes Urteil bilden zu können. Dabei interessieren in erster Linie naturgemäß diejenigen Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind und die man gemeinhin mit dem Ausdruck der Oppositionsparteien zu bezeichnen pflegt. Dazu rechnen wir die Unabhängige Sozialdemokratie und die Deutschnationalen als extremste Parteirichtungen. Die Reichsliste sozialistische nehmen nach ihrem ganzen Verhalten eine Sonderstellung ein. Obwohl sie sich von einer direkten Verantwortung innerhalb der Regierung gänzlich ferngehalten haben, kann man sie doch nicht schlechthin in die Reihe der Oppositionellen einreihen. Denn im allgemeinen sind sie ernsthaft bemüht, auch ohne in der Regierung zu sein, an den Dingen positiv mitzuarbeiten; damit haben sie offen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich der Gesamtverantwortung dem deutschen Volke gegenüber nicht entziehen wollen. Diese ihre Handlungsweise scheint uns nicht allein lediglich eine logische Folgerung zu sein aus dem Umstande, daß auch die jetzige Regierung auf einem Fundament weiterbaut, das unter stürkster sozialistischer Beteiligung der Reichsliste sozialdemokratie gelegt worden ist, nämlich der Weimarer Verfassung, sondern diese Handlungsweise legt auch wohl begründet in gewissen Erwartungen ihrer Regierungzeit, aus denen heraus die Reichsliste sozialdemokraten zu der Erkenntnis gelangt sein dürften, wie schädlich und unumwunden eine um ihrer selbst willen petrierte, unermüdete Opposition aus rein agitatorischen Beweggründen für den Aufbau des Staatswesens abzurufen und seine Weiterführung ist.

Im Gegensatz hierzu haben die Unabhängigen in diesem Punkte nicht nur nichts hinzugefügt, sondern vielmehr noch einen verächtlichen Stuß nach der radikalen Richtung hin vollzogen. Ihre Art des Auftretens im Plenum war zügellos und unüberhörlich in Konzent und Gebärde, ja mitunter von einer im deutschen Parlament nicht üblichen und noch nie dagewesenen Wildelohigkeit; seitdem nämlich diese Parteien zu einer solchen Zahlenstärke angewachsen sind, unterlassen sie nichts, um in agitatorischer Aufschwung der Reden auch von der Rednertribüne der Volkvertretung aus ihre häßliche und niederreißende Kritik ins Wahlsche zu heigern. Fast zu ihrem Verhandlungsgegenstände schieden sie eine Reihe von Rednern vor, die aber erst im Parlament gewählt, sich gegenständig in aufsteigender Propaganda abspielten und nur selten und vereinzelt einem Gegenstände sachliche und gerechte Behandlung widerfahren lassen. Sie zielen darauf ab die Unternehmung und den Sturz der Staatsautorität und gebärden sich, als ob sie beauftragt wären, für die Weimarer Verfassung des deutschen Volkes zu reden; sie wollen es sich nicht werden lassen, daß sie nur einen ganz geringen Bruchteil nicht nur des Volkes, sondern sogar der deutschen Arbeitererschaft hinter sich haben. Dem Kurs ihres früheren Führers, Hugo Haase, haben sie endgültig aufgegeben und befinden sich im radikalen Fahrwasser der revolutionären Stürmer Ledebour, Rosenfeld, Dreifeld und Adolf Hoffmann. Ihnen assistiert in gesteigelter Propaganda für die Weltrevolution die Kommunistin Klara Zetkin.

Auf dem extremen Flügel der Rechten stehen die Deutschnationalen. In der kurzen Zeit auch des neuen Reichstages haben sie noch nicht den Beweis gebracht, daß sie ernstlich mitzuarbeiten gewillt sind. In der Hauptsache sind auch sie immer noch im Schamwinkel einer fruchtlosen und starken Opposition, die mitunter auch von dieser Seite her von den Formen parlamentarischer Gesetzentwurf abweicht. Sie haben es noch nicht begreifen können oder wollen, daß es zum Wiederaufbau der gesamten deutschen Volkstrait bedarf, allerdings nicht im Sinne eines starken Festhaltens an Dingen, deren Erhaltung oder Wiedergewinnung für den Augenblick höchst unannehmlich wäre, sondern im Geiste einer Neubelebung aller in unserem Volke vorhandenen unwirksamen Kräfte, an die wir trotz aller Wirrens und Irrnis glauben und die zu äußerster Anspannung geeignet wirksam gemacht werden müssen, um nicht nur die Wunden eines langen Krieges zu heilen, sondern von innen heraus zu allmählicher Wiederherstellung zu führen.